



# Das Reichsbanner

Nr. 12    Dezember 1971    15. Jahrgang

Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und des Freiheitsbundes e. V. Berlin  
BUND AKTIVER DEMOKRATEN

## Droht ein Putsch der neuen Reaktion?

Über Aufgabe, Stellung und das Modernisierungsgebot unseres Bundes

Kameraden, laßt es uns aussprechen: das Reichsbanner stagniert! Nachwuchs bleibt so gut wie aus, weil Name und Geschichte unseres Bundes der nur im Heute lebenden Jugend nichts sagen. Es würde unsere Kraft überschreiten, erst einmal die historischen Wurzeln unserer Demokratie bewußt zu machen und dann erst zu aktuellen Aufgaben zu kommen. Der Weg verläuft umgekehrt. Erst die heutigen Probleme lösen, dann kommt der Nachwuchs, dem wir die richtige, die demokratische Geschichtsperspektive vermitteln können.

Das Reichsbanner stagniert auch, weil das Altern seine Opfer fordert. Man sagt, jeder Mensch sei zu ersetzen. Bei uns ist keiner, der stirbt oder ernsthaft erkrankt, zu ersetzen. Das ist ein Lob für die Kameraden, das ist die tödliche Gefahr für unseren Bund! Wenn wir wieder ein Faktor wie in der Weimarer Republik werden wollen, müssen wir in den täglichen politischen Auseinandersetzungen eindeutig Partei ergreifen. Was not tut, kann hier nur skizzenhaft aufgezeigt werden:

**Erstens:** Unser Name ist der Jugend unverständlich, ist irreführend und altfränkisch. Das Deutsche „Reich“ ist tot. Um die Farben Schwarz-Rot-Gold, also das „Banner“, gibt es keinen Streit mehr. Sogar die „Aktion W“ marschiert unter diesen Farben. Da wir die demokratische und soziale Republik verteidigen wollen, sollten wir uns auch „**Republikanischer Schutzbund**“ – vormals Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ nennen.

**Zweitens:** Der zur Zeit gefährlichste Feind unserer freiheitlichen Grundordnung ist weder NPD noch DKP, sondern die CSU und der Freundeskreis des Südafrika-, Spanien- und Griechenland-Verehrsers F. J. Strauß: die **Neue Reaktion**. Wir wollen zwar überparteilich bleiben, und die geschichtliche Erfahrung, die Passivität beim Preußen-Putsch und im Jahr 1933, spricht gegen jede Abhängigkeit von der SPD. Diese Überparteilichkeit darf jedoch nicht länger unsere Einordnung in die Gruppe der Fortschrittlichen (DGB, SPD, FDP, Katzer-Flügel der CDU usw.) und die scharfe Abwehr der Neuen Reaktion (CSU, Dregger-Stoltenberg-Hasselmann-Flügel der CDU, Vertriebenenverbände, NPD, DU-NLA, Aktion W, Freundeskreise der CSU, Nationalzeitung usw.) behindern.

**Drittens:** Die Tatsache, daß sich die Chancen der Bundesregierung für 1973 verbessert haben (Bremen-Wahl, Anerkennung unserer Friedenspolitik im Westen, Nobelpreis für Kanzler Brandt) sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Kapitalisten ihren durch innere Reformen gefährdeten Besitzstand notfalls und wenn die CDU/CSU keine absolute Mehrheit erreichen, durch einen **Militärputsch à la Athen** „sichern“ werden. Das ist keine Hypothese, sondern, wenn wir nicht wachsam bleiben, die Realität von morgen. Die deutschen Kapitalisten, die einmal einen Hitler und die heute zahlreiche rechtsextreme Parteien und Klüngel finanzierten und finanzieren, werden zunehmend nervöser. Heute versuchen sie schon, mittels Investitionsstopp, Preistreiberei und Schwarzmalerei die Wirtschaftspolitik und damit die Bundesregierung ins Schleudern zu bringen. Je deutlicher ihnen wird, daß sich in SPD, FDP und DGB die Kräfte der Reform, Demokratisierung und Emanzipation von unten nach oben durchsetzen, desto weniger sind sie bereit, sich dieser Mehrheit unterzuordnen. Ihr Motto ist: entweder der demokratische CDU-Staat oder die Diktatur! Der Putsch der Neuen Reaktion hat im Gegensatz zu rechtsextremen und linksradikalen (Baader-Meinhof) Gruppen große Realisierungschancen, weil einzig bei ihm große Finanzmittel mit Teilen des etablierten politischen bürokratischen und militärischen Machtapparates, von SS- und

Gestapo-Offizieren stark durchsetzt und seit 20 Jahren koordiniert, zur illegalen und überraschenden Aktion formiert werden können. Dazu bedarf es keiner langen Anlaufzeit und keiner vorbereitenden Propaganda, die über das heutige Geschrei von Wirtschaftskrise und Bolschewisierung hinausgeht. Die Putschisten kennen sich seit langer Zeit und solange konspirative Themen nicht nach außen dringen, behalten ihre Zusammenkünfte den seit Jahren gewohnten harmlosen Tarnmantel.

Fraglich ist nur, ob eine offene Obristenregierung oder ein schein-demokratisches Law-and-Order-Regime zustandekommen soll. – Unter diesem Aspekt wächst dem Reichsbanner seine besondere Funktion zu.

**Viertens:** Diese Analyse führt zur Notwendigkeit, daß wir uns programmatisch und aktiv für alle **fortschrittlichen Forderungen** rückhaltlos einsetzen. Also für die uneingeschränkte Verwirklichung des Artikels 20 des Grundgesetzes und der Artikel 1 bis 19, insbesondere 14 und 15. Für die Beteiligung aller Arbeitnehmer am Produktivvermögen, für ihre paritätische Mitbestimmung auf allen Ebenen der Volkswirtschaft, vom Arbeitsplatz und Betrieb bis zur Bundesebene. Für die Errichtung integrierter Gesamtschulen und integrierter Gesamthochschulen mit paritätischer Mitbestimmung der Eltern, Lehrer, Schüler, Studenten, Assistenten und des Verwaltungspersonals über Lehrpläne, Prüfungsordnungen und Bildungsinhalte. Für die Vergesellschaftung umweltverschmutzender Industrien und die entschädigungslose Enteignung aller Finanziers rechtsextremer Organisationen. Für die Beseitigung der Bodenspekulation und für eine Bodenreform im Sinne der Enteignung von Großgrundbesitzern wie Finkh. Für die demokratische Reform unserer Massenmedien (Reaktionsstatute, Kontrolle der Super-Verlage wie Springer und Bauer). Für einen humanen Städtebau, menschengerechte Raumplanung und vernünftige Massenverkehrsplanung. Für die Weiterbildung der Erwachsenen (Umschulungen, bezahlter Bildungsurlaub) und die Errichtung von Altersheimen in Wohnvierteln. Für ein besseres Gesundheitswesen, klassenloses Krankenhaus, Abbau der Diktatur der Chefärzte, Polykliniken. Für eine gerechtere Steuerpolitik und Investitionskontrolle. Für die Einschränkung des Konsumterrors, der Werbung und den Ausbau der Gemeinschafts-Institutionen (Schulen, Krankenhäuser, Universitäten, öffentliche Verkehrsmittel, Agro-Gemeinschaftsbetriebe zur Produktion unvergifteter Nahrungsmittel). Für die Ratifizierung der Ostverträge und die Annullierung aller internationalen Verträge des Nazi-Regimes. Für ein modernes, subventions-unabhängiges, genossenschaftliches Bauerntum. Für die Abschaffung der Zwangskirchensteuer. Für ein einheitliches öffentliches Dienstrecht. Für die konsequente Anwendung des Grundgesetz-Artikels 18 auf antidemokratische Parteien. Für die Einführung von Primärwahlen zur Verbreiterung der Basis der demokratischen Parteien.

**Fünftens:** Unsere besondere Aufgabe nach dieser programmatischen und tatsächlichen Festlegung auf fortschrittliche politische Forderungen und gegen die Neue Reaktion wird sein, überall in der BRD den fortschrittlichen Kräften aktive Unterstützung und **Schutz zu geben**, z. B. streikenden Arbeitern und Angestellten, demonstrierenden Schülern, Lehrern, Polizisten, Assistenzärzten. Denn die innerpolitischen Auseinandersetzungen werden ins Gewalttätige eskalieren, sobald sozialpolitische Forderungen von der Basis und den Arbeitnehmerorganisationen gegenüber einer in dieser Hinsicht immobilen Regierung durchgeföhrt werden. Dann werden die Kapitalisten ihre SA und SS aus dem Boden stampfen.

**Sechstens:** Die aktiven Demokraten müssen sich heute schon auf die Zeit des Putsches vorbereiten, der die fortschrittliche Bundesregierung beseitigen soll. Dieser Putsch muß im Ansatz zerschlagen werden. Ein **Generalstreik**, der die Putschisten lähmt, muß gegen faschistische Streikbrecher durchgesetzt werden. Der Kampf gegen die Putschisten wird hart und opferreich sein. Aber er wird nicht so aussichtslos werden wie es 1933 z. B. Severing vorkam. Die internationale Lage hat sich geändert, alle Völker im Umkreis von 1 000 Kilometer haben erfahren, was eine Diktatur in Deutschland für sie bedeutet. Sie werden östlich der Elbe wie westlich des Rheins, also in Europa zumindest, den deutschen Demokraten jede Unterstützung geben. Ein Putsch in der BRD wäre eine riesen-große Dummheit. Aber unsere wirtschaftlichen Machthaber haben oft genug bewiesen, daß sie politische Abenteuer und Katastrophenpolitiker sind. Um ihres Geldsäckels willen würden sie ein neues Abenteuer riskieren in der Hoffnung auf Unterstützung derer, die den Putsch in Athen begünstigten und die schwarzen Diktaturen in Spanien und Portugal unterstützen (von ähnlichen Regimen in der „Dritten Welt“ abgesehen). Sie, die Wirtschaftskrisen herbeiführen und die Macht „notfalls mit der Maschinenpistole“ an sich reißen wollen – wie es ein prominenter „christlicher“ Politiker in New York ausdrückte, sollen sich eines gesagt sein lassen: Das Mißlingen ihres Putsches wird unsere Gelegenheit sein, Gesellschaft und Staat ohne Wenn und Aber auf die demokratischen und sozialen Normen des Grundgesetzes zu verpflichten.

### **Verfassungsreform bricht Verfassungswirklichkeit!**

**Fazit:** Viel Zeit zur Vorbereitung auf diesen Ernstfall haben wir nicht. Es kann sich um drei bis höchstens fünf Jahre handeln. Wir müssen uns äußerlich und programmatisch **modernisieren**, um jüngere Kräfte an uns zu ziehen. Bleiben wir aber ein honoriger Traditionsverein, dann müssen wir uns damit abfinden, daß man uns nicht beachtet. Wer die **Formen** des Reichsbanners der Weimarer Republik pflegen will, sei geachtet. Er hat jedoch nicht erkannt, daß die Idee des Reichsbanners – die Verteidigung der demokratischen und sozialen Republik – von neuartig formierten Kräften der Neuen Reaktion in Frage gestellt wird. **Wer dem Geist des Reichsbanners treu bleiben will, hat mitbekommen, daß man heute eine neue Stellung beziehen muß zwischen demokratischen und autoritären Republikanern. Schwarz-weiß-rote Monarchisten und Nazis – dafür haben wir die Polizei und den Verfassungsschutz. Vorerst reicht das aus.** Gefährlicher sind die schwarz-rot-gold verkleideten „Demokraten“, „Republikaner“ und „Christen“.

Die **Phase des Wiederaufbaus** des Reichsbanners seit 1950, diese bewundernswürdige Leistung unserer älteren Kameraden, ist vollendet. Diese wertvolle Arbeit wäre umsonst gewesen, wenn wir vor der nun notwendigen zweiten, der **Phase der Modernisierung** zurückweichen würden. Der Kampf gegen die Neue Reaktion ist die zeitgemäße Aufgabe aktiver Demokraten.

Erich Knapp

## **Eine Herausforderung?**

Der vorstehende Artikel des Kameraden Erich Knapp „Droht ein Putsch der neuen Reaktion?“ mag für viele so etwas wie eine Herausforderung sein. Sprache und Formulierung sind nicht „pingelig“, sind oft scharf pointiert. Aber wir wissen auch, es wird ausgesprochen, was viele unserer Kameraden, die sich um unsere junge Demokratie Sorge machen, denken und in Gesprächen mit uns zum Ausdruck gebracht haben. Wir sind aber auch sicher, daß die Forderungen, die Situationsschilderungen des Kameraden Knapp bei manchen Kameraden und Freunden Widerspruch finden werden, vielleicht sogar einen „Schock“ auslösen. Wer noch ein Auge für eine objektive Betrachtung hat, wird jedoch eine eindeutige Grundhaltung in diesem Artikel feststellen: die entschiedene Stellungnahme gegen Rechts- und Linksextremismus und gegen restaurative, reaktionäre Tendenzen, gegen die neuen „Deutschnationalen“, die schon einmal Totengräber demokratischer Freiheit in Deutschland waren. Und damit treffen diese Auffassungen auf die Zielsetzungen unseres Bundes, so wie sie es vor 1933 waren und so, wie sie es leider heute wieder sein müssen. Wir aktiven Demokraten haben unser Reservoir in der demokratischen Mitte und Linken. Links von der SPD und rechts von der Mitte stehen unsere Gegner, ja noch deutlicher gesagt, meist die Feinde der Demokratie.

Wenn wir in der Überschrift fragen, ob der Artikel eine „Herausforderung“ sei, so antworten wir, es ist eine bewußte Herausforderung, die schlafende Demokraten wecken soll, die aktive Demokraten daran erinnern soll, daß es ein durch das Grundgesetz verankertes Widerstandsrecht gibt, das in Anspruch genommen werden kann, wenn Feinde der Freiheit und einer demokratischen Weiterentwicklung das Rad zurück zum Obrigkeitsstaat drehen möchten.

Wir sagten schon, die eine oder andere persönliche Meinung des Kameraden Knapp mag bewußt scharf formuliert sein, das ändert aber nichts an der erfreulichen Tatsache, daß jemand aus unseren Reihen einmal den Mut gehabt hat, Dinge, die ihn bewegen, beim Namen genannt zu haben. Wenn unsere Feinde jetzt aufschreien, weil sie sich getroffen fühlen, wenn unsere Freunde begreifen, daß dieses Gewitter einmal notwendig war, und wenn jetzt eine lebhaftige Diskussion auch in unseren Reihen einsetzt mit dem Ziele, unseren Bund zeitgemäß zu reformieren, dann haben nicht nur wir gewonnen – sondern dazu auch die deutschen Demokraten, die unsere Freunde und Mitstreiter sind.

## **Beunruhigende Tatsachen aus Bayern**

(SP) In Bayern ist es zwar um die NPD ruhiger geworden, ihre „Sprachregelung“ ist aber immer häufiger in Äußerungen gewisser Politiker, Organisationen und Presseorganen wieder zu finden. Leider gehört es in bestimmten Gruppierungen nahezu schon zur Tagesordnung, die demokratisch gewählten Repräsentanten dieses Staates mit einem Vokabular herabzuwürdigen, das eine verhängnisvolle Ähnlichkeit mit dem Wortschatz aufweist, den man längst überwunden und vergessen wähnte.

Die Sorge um die Entwicklung erhielt durch die jüngsten Äußerungen der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern neue Nahrung. Wer die Bundesregierung abfällig als „amtierendes Regime“ und „Herrschaftsperiode“ apostrophiert, die Unternehmer davor warnt, sich „über das Ausmaß der verbrecherisch durchloderten Haßwut jener übeln gegen sie marschierenden progressiven Schlachtkader nicht täuschen“ zu lassen und Wahlkämpfe als „parteilpolitische Banalitäten“ abwertet, überschreitet das Maß der in einer Demokratie notwendigen und möglichen Kritik um ein beträchtliches.

In seinem „Geschäftsbericht“ läßt der bayerische Arbeitgeberverband nahezu jede Selbstdarstellung vermissen, steigert sich aber stattdessen in eine Konfliktsituation hinein, die dem sachlichen Gespräch die Basis entzieht. Es ist daher als eine logische Konsequenz zu werten, daß der bayerische DGB-Landesbezirksvorstand das „Tischtuch“ zwischen den Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverband nach einem etwa zwei Jahrzehnte währenden erträglichen Verhältnis als durchschnittlich betrachtet. Von einer „Partnerschaft“ kann nach Meinung der bayerischen Gewerkschaften sowieso nicht mehr die Rede sein.

Zum Chor der Rechten hat sich eine lautstarke Stimme gesellt. Töne wie sie auf der Nürnberger Versammlung der Arbeitgeber zu hören waren, sollten aufhören lassen. Sie werden für die Bundesregierung Antrieb sein müssen, in ihrer Politik der sozialen Reformen unbeirrt fortzufahren. Nur so kann eine Radikalisierung nach links oder rechts wirkungsvoll verhindert werden.

## **Gelesen, zitiert und kommentiert**

### **Nollaus Abfuhr an Gehlen**

Aufsehen hat eine Kritik des Ministerialdirektors Günther Nollau vom Bundesinnenministerium an den Memoiren („Der Dienst“) des ehemaligen Chefs des Bundesnachrichtendienstes (BND), Reinhard Gehlen, erregt. Gehlen habe, so schreibt Nollau in dem Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“, bewiesen, „wes Geistes Kind er ist und was von dem Nimbus zu halten ist, den er mit so bescheidener Substanz aufgebaut hat“.

Nach zwanzigjähriger Tätigkeit (zuletzt als Vizepräsident) im Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz wechselte Nollau 1970 ins Bundesinnenministerium, wo er als Abteilungsleiter für den Bereich „öffentliche Sicherheit“ zuständig ist. Nach dem Freitod des BND-Vizepräsidenten Wendtland war Nollau im Jahre 1969 – noch zu Zeiten der Großen Koalition – von der SPD, deren Parteimitglied er ist, als Nachfolger vorgeschlagen worden. Er stieß jedoch auf die Ablehnung der BND-Spitze. Seine jetzige „Spiegel“-Kritik beweist nach Ansicht Bonner Beobachter, warum: Er wußte zuviel und hätte vielen leitenden Personen des BND „gefährlich“ werden können. Auf Betreiben des Kanzleramtsministers Ehmke wurde später der Hamburger SPD-Funktionär Dieter Blötz BND-Vizepräsident.

In seiner im „Spiegel“ veröffentlichten Kritik schreibt Nollau im einzelnen, Reinhard Gehlen habe seine Stellung als Chef des Bundesnachrichtendienstes auszunutzen versucht, um eine politisch beherrschende Rolle in Deutschland spielen zu können; deshalb habe Gehlen die Bundesrepublik mit einem Netz von V-Leuten überzogen.

Bei der Beschäftigung von Verwandten und der Verschwägerungen im Geheimdienst habe sich Gehlen geradezu Unglaubliches geleistet. Durch deren Einstellung und Beförderungen auf die glänzendsten Positionen, die er zu vergeben hatte, habe er den „Dienst“ zu einem einträglichen Amt für seine Familie gemacht.

Die Sensationsnachricht Gehlens, Martin Bormann sei Sowjet-Spitzel gewesen, ist — so Nollau — eine eindeutige Ente. „Wir haben das klare Zeugnis... des früheren Reichsjugendführers Axmann, der... Bohrmann tot daliegend gesehen zu haben glaubt. Die obskuren Informanten Gehlens wiegen demgegenüber um so weniger, als in ihren angeblichen Aussagen Elemente hoher Unwahrscheinlichkeit enthalten sind.“

Die Darstellung des Falles Felfe ist nach Nollaus Ansicht eine „Unverfrorenheit“. „Gehlen sucht zu verniedlichen, daß Felfe von ihm zehn Jahre als Beschaffer von Informationen über den sowjetischen Geheimdienst geschätzt worden ist. Was Felfe brachte, war ihm vom sowjetischen Geheimdienst mitgegeben worden, um Gehlen zu täuschen. Das gelang Jahre hindurch — trotz der Warnungen, die Gehlen zuzingen. Nur seine Leichtgläubigkeit machte das lange Wirken Felfes möglich.“

H. L. (Fr. R. 255/71)

## Die „Basis“ hat wenig zu sagen

... Unter dem Thema „Innerparteiliche Demokratie und Führungsauslese“ hatte die Evangelische Akademie Loccum den Versuch unternommen, losgelöst von dem aktuellen politischen Parteienstreit, den gemeinsamen Standort der Parteien in der Industriegesellschaft und die damit verbundenen Wandlungstendenzen zu analysieren und ansatzweise neu zu bestimmen...

Auf die Überrepräsentation bestimmter Berufsgruppen in den Parteiführungen ging der Berliner Politologe Lange ein. Das Ergebnis einer Untersuchung über 130 Politiker-Karrieren habe gezeigt, daß die politische Karriere bei CDU, SPD und FDP nur noch Akademikern und Angehörigen des öffentlichen Dienstes offenstünde. Allenfalls käme noch der hauptamtliche Gewerkschaftssekretär oder das freigestellte Betriebsratsmitglied auf der Seite der SPD für Landtags- oder Bundestagsmandate in Betracht. Lange erklärte: „Dieser eindeutige Trend wird sich rapide fortsetzen.“

Arbeiter, Angestellte und Beamte der „unteren Kategorie“ stellen zwar den größten Teil der Mitglieder dar, sie werden jedoch kaum der starken Konkurrenz standhalten können. Diese unter demokratischen Gesichtspunkten gesehen ernst zu nehmende Entwicklung läge nicht zuletzt daran, daß jene Gruppen nicht über die notwendige Zeit für politische Arbeit verfügen. Klaus Wettig, Mitglied des SPD-Bezirksvorstandes in Hannover, faßte die wissenschaftlichen Untersuchungen in einem Satz zusammen: „Ein Büromensch mit Telefon kann im Gegensatz zum Fließbandarbeiter schließlich jeder Zeit politische Kontakte unterhalten.“

(Zitiert aus Bericht R. Oltmanns in F. R. v. 3. 11. 71)

## Zur Attacke auf den Bundeskanzler

Die Wiener „Arbeiterzeitung“, Organ der regierenden sozialistischen Partei Österreichs, befaßte sich mit der Attacke auf Bundeskanzler Brandt und meinte unter der Überschrift „Kathedertäter“: „Im Bonner Bundestag schäumten die Leidenschaften hoch, als die Ostpolitik der Regierung Brandt-Scheel zur Debatte stand und CDU/CSU-Fraktionsführer Barzel, von CSU-Boß Strauß sekundiert, dem Regierungschef vorwarf, er orientiere sich an der Opportunität der Macht statt an den Menschenrechten.“

Knapp 24 Stunden nach dem Schlag ins Gesicht des Demokraten Willy Brandt und des parlamentarischen Anstands ist in München ein junger Mann, der sich ersten Ermittlungen zufolge im Bereich der NPD betätigt hat, auf Brandt zugestürzt und hat ihm physisch ins Gesicht geschlagen „für die Ostpolitik“.

Im Bundestag war Brandt betroffen, aber er versagte es sich, auf die „verleumderischen Unterstellungen des Dr. Barzel“ einzugehen. In München wurde Brandt getroffen, aber er nahm es — wie so vieles — hin und rief den Polizisten, die den Schläger abführten, zu: „Laßt ihn, laßt ihn“ und Brandt wird auch keine Strafanzeige stellen.

Die Sprecher aller politischen Parteien in Bonn haben den Vorfall bedauert, auch Rainer Barzel. Das ist gut, aber das genügt nicht. SPD-Fraktionsführer Herbert Wehner hat für viele stellvertretend erklärt, daß der Täter „offenbar ein Opfer jener Hetze ist, die seit langem mit unsachlichen und demagogischen Mitteln gegen die Politik der Bundesregierung betrieben wird“, — die Tätlichkeiten müssen aufhören — aber erst müssen die Kathedertäter im Bundestag sich zügeln.“

## Karl Höltermanns Nachlaß

Wie wir hören, hat jetzt die Friedrich Ebert-Stiftung von der Witwe des unvergeßlichen Bundesführers des Reichsbanners Karl Höltermann den persönlichen Nachlaß übernommen. Wir hoffen, daß die Aufbereitung und Auswertung dieses Nachlasses uns noch manchen interessanten Aufschluß insbesondere über die Tätigkeit unseres Bundes in den letzten Jahren vor 1933 und über die vergeblichen Bemühungen geben wird, mit den demokratischen Parteien und Gewerkschaften zu einer erfolgreichen Abwehr von Hakenkreuz und Stahlhelm zu kommen und damit die deutsche Republik vor dem Untergang zu retten. (Eig. Meldung)

## Kontroversen um das „Deutschland-Magazin“

Der Rechtsanwalt der „Deutschlandstiftung“, Dr. Günther Ossmann, hat in München darauf hingewiesen, daß dem bayerischen SPD-Pressesprecher Emil Werner durch eine einstweilige Verfügung des Münchener Landgerichts verboten worden sei, das „Deutschland-Magazin“ als antidemokratisches Hetzblatt zu bezeichnen. Rechtsanwalt Ossmann hob in diesem Zusammenhang hervor, daß weitergehende Anträge etwa hinsichtlich der von Werner aufgestellten Behauptung, das Magazin sei ein „Hetzblatt“ oder auch in Richtung auf andere Charakterisierungen des Magazins wie „Volksverhetzung“, „Brunnenvergiftung“, „übelster Journalismus“ und „abgrundtiefe Hinterhältigkeit“ nicht gestellt worden seien. Die einstweilige Verfügung erstreckte sich ausschließlich auf „antidemokratisches Hetzblatt“.

Rechtsanwalt Ossmann sagte, bei den anderen Ausführungen in dem inkriminierten Artikel handle es sich um „Meinungen“, deshalb seien dazu keine Anträge gestellt worden.

Pressesprecher Werner sagte dazu, es sei für die „Deutschlandstiftung“ noch viel schlimmer, wenn sie alle anderen Vorwürfe widerspruchslos hinnehme und ihre Anträge hinsichtlich der Verfügung ausschließlich auf die Formulierung „antidemokratisches Hetzblatt“ gerichtet habe.

Daß die Deutschland-Stiftung gegen die anderen Ausführungen und Charakterisierungen in dem Artikel keine Schritte unternehme, sei noch viel schwerwiegender.

## Gute Wünsche für Angela Wiczorek

In der letzten Ausgabe unseres Blattes mußten wir von dem tragischen Tod unseres Kameraden Christoph Bode, dem Leiter unseres Jugendbundes in Bremen, berichten, der auf der Rückfahrt von unserer Informations- und Bildungskonferenz in Wiesbaden ums Leben kam. Mit ihm wurde schwer verletzt unsere junge Kameradin Angela Wiczorek, ebenfalls aus Bremen, die uns von der Wiesbadener Konferenz durch ihr frisches aufgewecktes Wesen und an der Diskussion teilnehmend, noch guter Erinnerung ist.

Im Namen des Bundesvorstandes hat unser Kamerad Dieter Westermann ihr mit einem Blumengebilde die allerbesten Wünsche zur baldigen Wiedergenesung überbracht. Heute können wir im Namen aller Kameraden diese Wünsche nur wiederholen und freuen uns auf den Tag, an dem wir sie wieder in unseren Reihen sehen werden.

## Freiheitsbund e. V. Landesverband Berlin

Landesleitung

Der Landesverband wünscht allen Kameraden des Reichsbanners und des Freiheitsbundes ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes und erfolgreiches neues Jahr 1972.

Franz Meyer - Richard Beck - Ewald Köppen - Rudi Brückner

### Mitteilungen des Bundesvorstandes

Zum Jahresende bitten wir alle Kameraden dafür zu sorgen, daß die fälligen oder rückständigen Beiträge aus dem Jahre 1971 kassiert und an den Bundesvorstand anteilmäßig abgeführt werden. Wir sind darauf angewiesen, daß unsere bescheidenen Einkünfte pünktlich und regelmäßig eingehen. Nur dann können wir die notwendigsten organisatorischen Aufgaben zufriedenstellend erfüllen. In der letzten Ausgabe unseres Blattes hatten wir darauf hingewiesen, daß der Bundesvorstand bis zur nächsten Bundeskonferenz im Jahre 1972 von jedem Kameraden eine freiwillige Erhöhung seines Beitrages um 20 Pfg. pro Monat erwartet. Es darf angenommen werden, daß dieser Betrag, der restlos an den Bundesvorstand abgeführt werden soll, bereits in der Jahres- bzw. Quartalsabrechnung 1971 in Erscheinung tritt.

Aus gegebenem Anlaß weisen wir ferner darauf hin, daß Einzelmitglieder, die keinen Anschluß an irgend einen Ortsverein oder Stützpunkt haben, ihre Beiträge direkt an den Bundesvorstand abführen sollen; sie erhalten die Beitragsmarken dann zugesandt. Einzelne Landesverbände, so z. B. Nordrhein-Westfalen, erbitten jedoch für Einzelmitglieder in ihrem Bereich eine Beitragszahlung an den Landesverbandskassierer.

### Mitteilungen der Redaktion

Für die Januar-Nummer 1972 erbitten wir schon jetzt Mitteilungen über in den ersten Monaten des neuen Jahres vorgesehene Veranstaltungen usw. in den Landesverbänden und Ortsvereinen, sowie kurze Berichte über stattgefundene Veranstaltungen. Wir wollen im Jahre 1972 wieder zu einem Veranstaltungskalender kommen, der ein Spiegelbild unserer Arbeit bietet.

## In Memoriam

### Walter Möller

Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten, hat an die Gattin des verstorbenen Frankfurter Oberbürgermeisters Walter Möller folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrte Frau Möller!

Zu dem großen Verlust, der Sie und Ihre Angehörigen betroffen hat, gestatte ich mir, Ihnen im Namen des Bundesvorstandes des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold unsere aufrichtige und herzliche Teilnahme zu versichern.

Unser Bund aktiver Demokraten fühlte sich dem aufrechten und mutigen Demokraten Walter Möller immer eng verbunden. Sein unermüdlicher Einsatz für mehr Freiheit, für mehr Demokratie und für mehr soziale Gerechtigkeit hat ihm die Anerkennung und Sympathien aller aktiven Demokraten eingetragen.

Wir trauern mit Ihnen um diesen hervorragenden Menschen, der nicht nur für seine Vaterstadt Unschätzbare geleistet, sondern auch für seine Mitarbeit an der Entwicklung einer modernen Demokratie in der Bundesrepublik unseren Dank verdient hat.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD  
Bund aktiver Demokraten e. V.  
DER BUNDESVORSTAND

i. A. Heinrich Ditter

Das Reichsbanner. Offizielles Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e. V. und des Freiheitsbundes e. V. Berlin.

Nr. 12 - Dezember 1971 - 15. Jahrgang

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundesvorstand,  
6 Frankfurt am Main, Reineckstraße 7, Telefon: (0611) 29 41 61.  
Redaktion und verantwortlich: August Kerger, 53 Bonn-1, Nikolausstraße 17 II,  
Tel.: (02221) 23 63 02 u. Erich Knapp, 5205 St. Augustin-Mülldorf, Narzissenweg 19, Telefon (02241) 2 56 87.

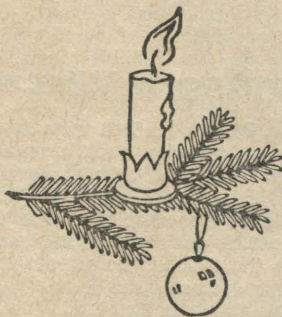
Druck: J. Jäger, Frankfurt-Niederrad.

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Falle unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Kostenloser Nachdruck mit Quellenangabe gestattet und erwünscht, gegen Belegübersendung.

## Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Bund aktiver Demokraten e. V.

wünscht allen Kameraden und Freunden sowie ihren Angehörigen



ein frohes  
Weihnachtsfest  
und ein  
glückliches neues Jahr